

DIESE GRÜNEN!



CAFÉ COSA MUSS BLEIBEN!

■ DER KÜNFTIGE STANDORT WURDE MIT BEDACHT GEWÄHLT



Seit die Stadt, die evangelische Kirche und der Freundes- und Förderkreis Suchtkrankenhilfe die Übergangslösung für das Café Cosa in der Nähe des Kirchplatzes bekannt gegeben haben, ist in den Medien eine heftige Diskussion über diese Einrichtung entbrannt.

Die Kommentare sind in ihrer Tonart oft diskriminierend und diffamierend, so z.B. in der WZ vom 15.07.2017, und verbreiten die Meinung, dass die Suchtkranken in der Nähe des neuen

Döppersbergs und der angrenzenden Einkaufsmeile nichts zu suchen hätten. Nach dem Verkauf des KöBo-Hauses an einen privaten Investor sollen sie offenbar ganz von der Bildfläche verschwinden. Gleichzeitig wird anscheinend den Mitgliedern des Stadtrats keinerlei Urteilsvermögen darüber zugetraut, wo der neue Standort für das Café Cosa sinnvollerweise entstehen sollte. Und schließlich wird dem Sozialdezernenten vorgeworfen, diese Entscheidung quasi mit der Brechstange durchgesetzt zu haben. Beides

ist falsch, denn die Entscheidung für den Standort ist lange diskutiert worden – unter anderem auch mit den Betroffenen selbst – und sie wurde mit Bedacht getroffen. Wer meint, man könne sich des Problems entledigen, indem man eine solche Einrichtung irgendwo an den Rand der Stadt verschiebt, der irrt! Damit würde das Problem nur verlagert. Denn die suchtkranken Menschen, die nun einmal ein Teil unserer Gesellschaft sind, haben das gleiche Recht, sich im öffentlichen Raum auf-

zuhalten, wie jede*r andere auch. Und sie suchen sich ihre Plätze aus, die in der Regel zentral und gut erreichbar sind. Deshalb ist es wichtig, Hilfsangebote genau an diesen Orten zu machen. Dafür ist der neue Standort des Café Cosa gut gewählt, liegt er doch in der Nähe des alten Treffpunkts, aber eben auch nicht unmittelbar im Laufweg zwischen Bahnhof und Innenstadt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass drogen- und Alkohol konsumierende Menschen bei vielen ein Gefühl von Unsicherheit aufkommen lassen.

Nun gilt es, die Suchtkranken auch in der Übergangsphase bis zur Fertigstellung des neuen Café Cosa im Wuppertalpark Ost nicht aus den Augen zu verlieren und ihnen entsprechende Angebote zu machen. Die Suchtkrankenhilfe funktioniert in Wuppertal seit vielen Jahren auf hohem Niveau und wird parteiübergreifend von der Politik unterstützt. Deshalb sollten wir den Fachleuten zutrauen, auch in dieser Zeit positiv auf ihre Klientel einwirken zu können. Wer sich davon überzeugen möchte, sollte sich eine Einrichtung der Suchtkrankenhilfe anschauen und sich vor Ort über deren Arbeit informieren. Vielleicht verändert sich ja dann auch der eigene Blickwinkel! Suchtkranke im wahrsten Sinne des Wortes „keines Blickes zu würdigen“ und ins Abseits zu schieben, wo sie niemanden stören, dürfte dagegen kaum den gewünschten Erfolg haben.



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Herbst rückt auch die Bundestagswahl näher, dank der vielen Werbeträger der Parteien in Wuppertal ist das kaum zu übersehen. Wir bitten Sie herzlich um eines: Gehen Sie wählen und wählen Sie eine demokratische Partei. Von geringer Wahlbeteiligung profitieren nämlich vor allem die extremen Parteien, also Rechtsextreme und Rechtspopulisten wie die AfD.

Jetzt aber zu unserer Zeitung: Wir haben die Sommerferien genutzt, um spannende Projekte im Tal zu besuchen, einige unserer Stadtverordneten haben auch ein Kurzpraktikum bei den unterschiedlichsten Einrichtungen absolviert. Weitere Themen sind die verheerende Zwischenbilanz der GroKo in Wuppertal, die Zukunft der GWG, der städtische Haushalt und vieles mehr.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!
Ihr Redaktionsteam

DIE WUPPERTALER FINANZSITUATION

■ ZU VIEL UND ZU WENIG

Eigentlich könnte sich der Kämmerer Johannes Slawig ja entspannt zurücklehnen: Im Jahr 2017 wird die Stadt einen Haushaltsüberschuss in der Größenordnung von 80 Millionen Euro erwirtschaften.

Das beruht vor allem auf einer unerwarteten Gewerbesteuerzahlung. Durch einen Unternehmensverkauf hat die Stadt 2017 einmalig 68 Millionen Euro Gewerbesteuer zusätzlich eingenommen. Als Kommune im Stärkungspakt muss die Stadt die unerwarteten 68 Millionen zum Schuldenabbau nutzen, kann sie also nicht für dringende Reparaturen oder für soziale Aufgaben verwenden. Aber auch ohne die Einmalzahlung wäre für 2017 ein Überschuss erwirtschaftet worden. Für 2018 sieht es dagegen düster aus: Schon laut der mittelfristigen Finanzplanung fehlen 10 Millionen Euro bis zum Haushaltsausgleich, der vom Stärkungspakt gefordert wird. Und weil die Stadt 2017 viel mehr Gewerbesteuer eingenommen hat, wird nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz ein Ausgleich zwischen den Städten in NRW vorgenommen. Der führt dazu, dass



Wuppertal im Jahr 2018 vom Land 28 Millionen Euro weniger überwiesen bekommt. In Summe fehlen dann also 38 Millionen Euro.

Da könnte mensch sagen: Dann muss die Stadt eben noch mehr sparen. Geht aber nicht. Einige Beispiele aus den letzten Monaten: Im Juni wurde in der Bezirksvertretung Elberfeld vom Stadtbetrieb Jugend und Freizeit berichtet, dass die Mittel zur Unterhaltung der Spielplätze (Spielgeräte, Sand, Müllbeseitigung) bereits nach fünf Monaten

aufgebraucht waren. In der Charlottenstraße sollten im Juli Frostschäden beseitigt werden. Nachdem das Parken dort für zwei Wochen verboten wurde, stellte die Stadt fest, dass der Etat für die laufenden Straßenunterhaltungsmaßnahmen bereits erschöpft war. Bei unseren GRÜNEN Kurzpraktika in den Sommerferien waren wir auch im Meldeamt und im Straßenverkehrsamt. Dort konnten wir feststellen, dass die Personalsituation schon über dem Limit ist. Einsparungen beim Personal

kann es also auch keine mehr geben. Was dann? Als Kämmerer will Herr Slawig versuchen, bei der Bezirksregierung einen Aufschub für die 28 Millionen Euro zu erreichen, das wäre sozusagen eine Störfallregelung für den Stärkungspakt. Für die fehlenden 10 Millionen Euro gibt es noch Hoffnung, da die Gewerbesteuereinnahmen weiter steigen. Sollte der Haushaltsausgleich doch nicht erreicht werden, hat Dr. Slawig schon eine Erhöhung der Grundsteuer ins Spiel gebracht.

Wir fordern, dass die neue NRW-Landesregierung das Stärkungspaktgesetz fortsetzt, aus dem Wuppertal im nächsten Jahr über 40 Millionen Euro erhalten wird. Wir können uns als Maßnahme zur Einnahmenverbesserung eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung vorstellen. Auch könnten die städtischen Töchter noch mehr an die Stadtkasse überweisen. Eine Erhöhung der Grundsteuer ist sozial ungerecht, weil dann Mieter*innen und Eigentümer*innen für die Fehler der GroKo bezahlen müssen.

Die Einbringung des Haushaltsplans 2018/2019 ist für den 16. Oktober geplant.

AUS DEM INHALT

Seite 2
Wachsende Stickstoffdioxid-Belastung in Wuppertal

Seite 3
Die Junior Uni – Eine Erfolgsgeschichte

Seite 4
GWG – Wie geht es weiter?

Seite 5
Wuppertaler Frauenkulturpreis

Seite 6
GroKo-Bilanz: Die wuppen nix



WACHSENDE STICKSTOFFDIOXID-BELASTUNG IN WUPPERTAL

■ GRÜNER APPELL ZUR LUFTREINHALTUNG

In Wuppertal werden an 12 von 24 Luftmess-Stationen die erlaubten Grenzwerte für Stickstoffdioxid überschritten – so lautet das Fazit des jährlichen Messberichtes, das von der Verwaltung in der letzten Sitzung des Umweltausschusses gezogen wurde. Messungen unter anderem an der Gathe, der Briller Straße, dem Steinweg oder der Haeselerstraße beweisen dies. Die GRÜNE Ratsfraktion hat im Umweltausschuss einen Appell zur Luftreinhaltung eingebracht, der jedoch leider keine Mehrheit fand. SPD und CDU lehnten ihn sowohl im Fachausschuss als auch in der Ratssitzung im Juli ab.

Das ist sehr bedauerlich, denn mit diesem Appell wollten wir erreichen, dass sich möglichst viele Kommunen in Deutschland auf ein gemeinsames Vorgehen zur Luftreinhaltung verständigen und bei der Großen Koalition in Berlin mit Nachdruck erhebliche zusätzliche finanzielle Hilfen des Bundes für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radweg-Infrastruktur sowie eine deutliche Verbesserung der Förderung



der Elektromobilität einfordern. Wissenschaftler der Bergischen Universität gehen davon aus, dass für diese Immissionen fast ausschließlich Dieselmotoren verantwortlich sind. Die gesundheitlichen Risiken von Stickstoffdioxid sind hoch. Die Europäische Umweltagentur geht von jährlich mehr als 10.000 Todesfällen in Deutschland durch Stickstoffdioxide aus, das sind dreimal mehr als bei Ver-

kehrsunfällen. Seit zwei Jahren wird auf Bundesebene das Thema Dieselmotoren und erhöhte Stickstoffdioxidwerte diskutiert. Die Bilanz der beiden kürzlich durchgeführten Diesel-Gipfel ist erschreckend gering. Was bleibt, ist die Zusage, dass die Autoindustrie bei der Software nachrüstet und Kommunen etwas finanzielle Unterstützung erhalten. Es gibt jedoch keine notwendigen Hardware-Lösungen, und es

gibt auch keine substanzielle Umrüstung, die tatsächlich die Emissionen der Fahrzeuge reduziert. Angesichts der aktuellen Probleme durch Diesel-Fahrzeuge ist das nicht tragbar. In Deutschland wird seit 2010 die EU-Luftqualitätsrichtlinie bei Stickstoffdioxid nicht eingehalten. Die Hersteller von Diesel-Fahrzeugen verletzen systematisch durch hohe Stickstoffdioxid-Emissionen die Vorgaben der EU-Zulassungsverordnung. Umso wichtiger wäre jetzt das Umsteuern auf eine nachhaltige Mobilität und mehr Gesundheitsschutz für die Bevölkerung! Wir GRÜNEN wollen keine Fahrverbote, denn das hieße, dass Autofahrer*innen die Betrugereien der Autoindustrie ausbaden müssten.

Nötig wäre es, die Automobilindustrie zu wirksamen Hardware-Nachrüstungen zu zwingen. Software-Änderungen werden das Ziel nicht erreichen, wie auch Gerichte schon festgestellt haben. Auch die ausländischen Hersteller hätten in die Pflicht genommen werden müssen. Zukunfts-fähig geht anders. Das ursprüngliche Ziel der Kanzlerin, eine Million E-Fahr-

zeuge auf die Straße zu bringen, hat sie aufgegeben. Länder wie Norwegen, China und der US-Bundesstaat Kalifornien sind da deutlich weiter.

Wir GRÜNEN wollen bundesweit einen Neustart in der Automobilwirtschaft: Für mehr Schutz der Gesundheit, der Umwelt und des Automobilstandortes Deutschland mit 800.000 Arbeitsplätzen. Deshalb schlagen wir für den Bundestag die Einsetzung einer Zukunftskommission „Umweltfreundliche Mobilität“ vor, die Vorschläge für eine Mobilitätswende und emissionsfreie Fahrzeuge für die Zukunft diskutieren soll.

In Wuppertal fordert die GRÜNE Ratsfraktion eine konsequentere Förderung von Radverkehr und ÖPNV, um die Luftqualität zu verbessern.



KURZPRAKTIKUM IM EINWOHNERMELDEAMT

■ BLICK HINTER DIE KULISSEN: BÜRGERDIENSTE



Foto: Privat

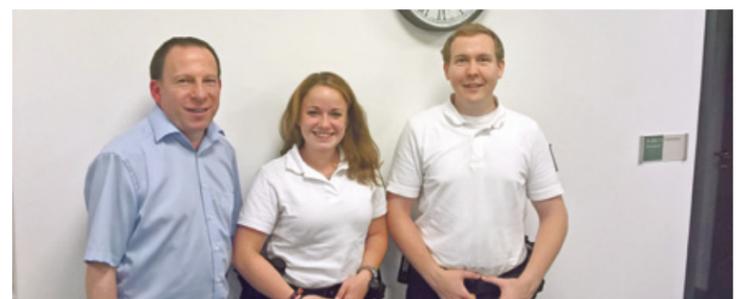
Die GRÜNE Ratsfraktion Wuppertal nutzte die Sommerferien, um einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Am 18.07.17 durften unsere Fraktionsvorsitzenden Anja Liebert und Marc Schulz im Einwohnermeldeamt dabei sein.

Das Einwohnermeldeamt am Steinweg stand jahrelang im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen, da Wartezeiten von zum Teil mehreren Stunden die Geduld der Bürger*innen auf die Probe stellten und auch die Mitarbeiter*innen bis an den Rand (und teilweise darüber hinaus) der Belastbarkeit brachten. Nachdem im letzten Jahr die Reißleine gezogen wurde, konnten endlich wirkungsvolle Maßnahmen zur Verbesserung

der Situation am Steinweg umgesetzt werden. So wurde unter anderem auf die alte GRÜNE Forderung nach einer Öffnung der Bürgerbüros zurückgegriffen und das Amt wurde personell verstärkt. Der Leiter des Bürgeramtes, Herr Jochen Siegfried, und die Leiterin des EMA, Frau Hartmann, erläuterten uns die organisatorischen Änderungen, die dazu geführt haben, dass zumindest in diesem Jahr die katastrophalen Zustände der letzten Jahre verhindert werden konnten. Trotzdem wurde deutlich, dass an dem Standort am Steinweg eine optimale räumliche Nutzung langfristig nur schwer möglich sein wird. Daher sind wir gespannt auf das Ergebnis der Prüfung für den Neubau eines Bürgerzentrums im Heubuchflügel des Rathauses.

EINBLICK IN DIE SPÄTSCHICHT

■ UNTERWEGS MIT DEM KOD



Ein Erfahrungsbericht des GRÜNEN Stadtverordneten Paul Yves Ramette

Als Mitglied des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit habe ich mich sehr gefreut, dass ich zwei Mitarbeiter des KOD (kommunaler Ordnungsdienst) bei ihrer Schicht in Wuppertal begleiten durfte. So konnte ich abseits von Drucksachen, Anträgen und Ausschusssitzungen ganz direkte Eindrücke von der sehr beeindruckenden Vielfalt der Aufgaben der Mitarbeiter*innen erhalten, was für mich einen besonderen Wert darstellt. Von Kraftfahrzeugen mit abgelaufenem TÜV über die zugesparkte Feuerwehrrfahrzone bis zur richterlich angeordneten Wohnungsöffnung in Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen des Bezirksamtes und des sozialpsychiatrischen Dienstes konnte ich die ganze Breite der Aufgaben der Mitarbeiter*innen erfahren. Einen tiefen Eindruck haben insbe-

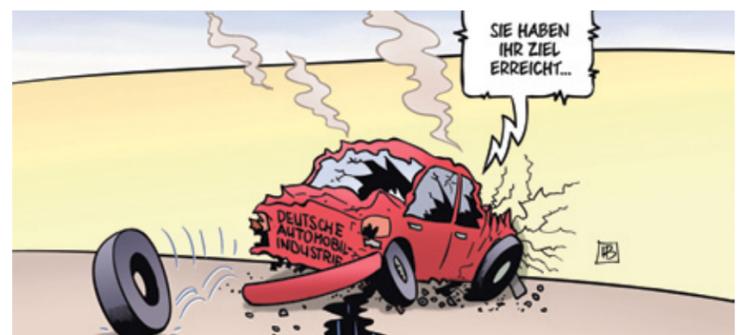
sondere die psychologischen Fähigkeiten der jungen Kollegen bei mir hinterlassen. Der Kontakt mit einer Gruppe wenig einsichtiger alkoholierter Jugendlicher (Meldung einer Ruhestörung) wurde von den beiden jungen Mitarbeitern meines Erachtens sehr professionell gelöst. Während meiner „Schnupperschicht“ konnte ich auch hautnah erfahren, dass einige Wuppertaler*innen den Kollegen des KOD durchaus ablehnend bis feindlich gegenüberstehen und die (für mich) üblichen Umgangsformen vermissen lassen. Wenn dem KOD und seinem Begleiter auf der Nordbahntrasse ein faustschwingender radelnder älterer Herr entgegenfährt, wird einem bewusst, dass die guten Umgangsformen offenbar in allen Alters- und Gesellschaftsschichten bröckeln. Vielen Dank an meine zwei „Schichtführer“ und für die leckere „Mittagspause“ bei Pizza und Currywurst im Rathaus.

ANZEIGE

UMWELT UND GERECHTIGKEIT: NUR MIT GRÜN.

Zweitstimme Grün!

DARUM GRÜN.



Cartoon: Harm Bengen

DIE JUNIOR JUNI – EINE ERFOLGSGESCHICHTE

■ EINZIGARTIG UND BUNDESWEIT VORBILDLICH



Die Wuppertaler Junior Uni ist ein bundesweit beachtetes Erfolgsmodell, davon konnte sich die GRÜNE Fraktion während ihres Besuchs in den Sommerferien überzeugen.

Die Junior Uni wird von den Bürger*innen unserer Stadt getragen und als gemeinnützige GmbH geführt (Gesellschafter: Jackstädt-Stiftung, E/D/E-Stiftung und Förderverein). Finanziert wird sie ausschließlich durch das Engagement von Wuppertaler*innen, es fließt kein öffentliches

Geld. Und das funktioniert hervorragend, jedes Jahr aufs Neue. Bundesweit einzigartig ist die Wuppertaler Junior Uni, weil nur sie über das ganze Jahr hinweg Kurse anbietet, während alle anderen Einrichtungen ihr Programm auf kurze Zeiträume – wie die Schulferien – beschränken.

Die Grundidee ist, Kindern und Jugendlichen ab vier Jahren Technik und Wissenschaft spielerisch in Kursen zu vermitteln. Insgesamt werden jährlich 800 Kurse angeboten, die in null Komma nichts ausgebucht sind,

da die Nachfrage mittlerweile doppelt so groß ist wie das Angebot. Die Dozent*innen werden sorgfältig ausgewählt. Nicht allein die Qualifikation, sondern auch der persönliche Draht zu Kindern und Jugendlichen muss stimmen. Zu den Lehrkräften gehören Oberstufenschüler*innen und Studierende, aber auch Professor*innen und Pensionär*innen, die immer noch Spaß daran haben, ihr Wissen weiterzugeben.

Als wir ankamen, leerte sich das Foyer langsam, weil alle kleinen und großen



Foto: Privat

Forscher*innen sich auf die Kurse verteilten, die Titel hatten wie „Die Upcycling-Werkstatt, aus wertlos wird nützlich“ oder „Hier stimmt die Chemie“ bis hin zu „Lego Mindstorms – Marsmission“ oder „Lego Pneumatik – Was sich mit Luft bewegen lässt“. Wir durften den Kindern und Jugendlichen in einigen Kursen über die Schulter schauen und waren begeistert davon, wie engagiert und konzentriert sie bei der Sache waren und wie viel Spaß sie dabei hatten. Für uns GRÜNE war auch die Information wichtig, dass sich die

Akteur*innen der Junior Uni besonders dafür engagieren, dass Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien teilnehmen. Deshalb werben sie gezielt in Schulen für die Kurse. Und das mit Erfolg, denn der Anteil dieser Kinder ist mit über zehn Prozent relativ hoch. Dafür sind die Kosten für die Kurse mit fünf bis zehn Euro gering, das ist ein sehr fairer Preis.

Weitere Infos unter:
www.junioruni-wuppertal.de

BESUCH IM MIRKER QUARTIER

■ STARKES ENGAGEMENT IN DER DIAKONIEKIRCHE

Am 31.07.17 trafen sich Mitglieder der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Elberfeld und im Rat mit der Initiative zum Erhalt der Kreuzkirche in der Friedrichstraße in Elberfeld.

Die Diakonie plante ursprünglich, die Kirche zu verkaufen, obwohl hier bereits seit Jahren ein vielseitiges Angebot für die Bewohner*innen des Stadtteils geboten wird. Engagierte Menschen aus dem Mirker Quartier wollen die Kirche als Stadtteiltreff erhalten, ein Zukunftskonzept erarbeiten und haben mit der Diakonie einen Aufschub des Verkaufs ausgehandelt. Bereits seit Jahren engagieren sich u. a. die Stadtmission sowie

unterschiedliche Initiativen in und um das Kirchengebäude und bieten ein vielseitiges kulturelles, soziales und ökologisches Programm. So wird beispielsweise im Inselgarten rund um die Kirche Gemüse angepflanzt, es werden Mahlzeiten ausgeteilt, Sprachkurse für Geflüchtete angeboten oder Räume für ein Rockprojekt für Jugendliche zur Verfügung gestellt.

Die Interessengruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept zu erstellen, um die Zukunft der Kreuzkirche zu sichern. Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Bezirksvertretung Elberfeld und im Rat der Stadt bedanken sich bei der engagierten Initiative und haben ihre Unterstützung zugesichert.



Foto: Privat

PRAKTIKUM IN DER ALTEN FEUERWACHE

■ EIN BERICHT VON YAZGÜLÜ ZEYBEK

Für die Sommerferien nahmen wir uns in der Fraktion vor, die Arbeit verschiedener Wuppertaler Organisationen und Institutionen etwas näher kennenzulernen – die Idee: ein Kurzpraktikum.

Am 21.07.17 hatte ich also im Rahmen eines dreistündigen Praktikums die Gelegenheit, die Alte Feuerwache zu besuchen und dort mitzumachen. Die Alte Feuerwache bietet Kindern und Jugendlichen mit einem vielfältigen und abwechslungsreichen Nachmittagsprogramm sowie Mittagessen die Möglichkeit, ihre freie Zeit mit Sport, kreativ, spielerisch, lernend oder auch in Ruhe zu gestalten. Sie können dort ihre Hausaufgaben machen und haben in den Betreuer*innen immer eine Ansprechperson.

Wegen der Sommerferien waren bei meinem Praktikum nur 20 Kinder in der Alten Feuerwache anwesend, zur Schulzeit sind es öfter bis zu 80 Kinder und Jugendliche. Rahel Schlüssel, Leiterin einer 8samkeitsgruppe, führte mich durch das Gebäude. Es sind viele gut ausgestattete Räume vorhanden, die den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden sollen. Es gibt Intensivbetreuungsangebote wie die 8samkeitsgruppen und die Verlässliche Gruppe, welche hochbelasteten Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen Unterstützung bieten, sowie die offenen Bereiche zum Spielen, Lesen und kreativen Entfallen. Eine Engagierte malte tolle Muster



Foto: Privat

mit Henna-Farbe auf Hände, es wurde ein Planschbecken gefüllt und Basketball gespielt. Ich selbst hatte die ganz besondere Aufgabe, mit zwei Kindern und einer jungen Betreuerin den Zaun der Alten Feuerwache zur Gathe hin zu verschönern. Hierzu verwendeten wir Streifen von alten Einkaufstaschen und

webten sie zu einem Herz. Vor meinem Abschied kam ich noch kurz mit dem Leiter der Alten Feuerwache, Joachim Heiß, ins Gespräch. Er freute sich sehr über das Interesse der GRÜNEN Ratsfraktion und wir nahmen uns vor, eine gemeinsame Gesprächsrunde zu vereinbaren.

EIN MODERNES KULTURZENTRUM IM OSTEN

■ ZU BESUCH IN DER IMMANUELSKIRCHE

Das Kulturzentrum Immanuelkirche hat sich zu einem festen Bestandteil der Kulturszene im Wuppertaler Osten entwickelt.

Grund genug für die GRÜNE Fraktion, sich vor Ort ein Bild zu machen. Der Schatzmeister des Fördervereins Kulturzentrum Immanuel e.V., Wolfgang Fehl und Mitarbeiterin Petra Lückerrath erläuterten die Geschichte und die aktuelle Situation des Kulturzentrums. Nach dem Zusammenschluss der lutherischen und reformierten Gemeinden in Oberbarmen 1984 bestand kein Bedarf mehr für die Immanuelkirche, und hätten nicht Wuppertaler Bürger*innen einen Verein gegründet, um die Trägerschaft zu übernehmen, wäre ein Abriss sicher gewesen. So konnte die Kirche noch im gleichen Jahr umgewidmet und seitdem als Kulturzentrum genutzt werden. Zwischen 2000 und 2010 wurden umfangreiche Umbau- und Sanierungsmaßnahmen getätigt, sodass ein modernes Kulturzentrum entstand. Die veraltete Heizungsanlage konnte aus dem Verkaufserlös für das Pfarrhaus durch eine moderne Gasheizung ersetzt werden. 2010 wurde der Kirche die Denkmalplakette des Landes NRW verliehen.

Da die Kirche eine fantastische Akustik hat, wird sie gern für Musikprodukti-



Foto: Privat

onen gebucht. Heute bietet das Zentrum ein umfangreiches Programm mit unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstlern, auch in Kooperation mit den Wuppertaler Bühnen, dem Sinfonieorchester und der Wuppertaler Kulturszene. Im Stadtteil ist das Zentrum durch die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Kultureinrichtungen

fest verankert. Durch den Ausbau des Obendieck-Hauses wurden weitere Räume geschaffen, welche für Hochzeiten, Feste oder Seminare angemietet werden können. Die Fraktion war beeindruckt von den Räumlichkeiten und dem großen Engagement des Fördervereins und bedankte sich für die gewonnenen Einblicke.

KULTURENTWICKLUNGSPLAN

■ KULTUR WEITERENTWICKELN – ABER WIE?

Diese Frage stellte sich für die GRÜNE Ratsfraktion bereits vor gut einem Jahr, also brachten wir unseren Antrag zur Ausgestaltung eines Kulturentwicklungsplanes in den Kulturausschuss ein, wo er kontrovers diskutiert wurde.

Im Folgenden entschieden sich die Fraktionsvertreter*innen der demokratischen Fraktionen im Ausschuss dazu, den Antrag in geänderter Form noch einmal einzubringen.

Dass Gesprächsbedarf bestand, wurde bei mehreren Treffen eines interfraktionellen Arbeitskreises schnell klar. Und so dauerte es fast ein Jahr, bis wir als GRÜNE nun Vollzug melden können. Es wird zwar nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, einen Kulturentwicklungsplan geben, aber die Fraktionen im Kulturausschuss machen sich gemeinsam mit der Verwaltung auf den Weg zu einem Kulturentwicklungsprozess. Wie dieser aussehen wird, haben wir gemeinsam ausgearbeitet.

Kernstück werden vier bis fünf Dialogforen in den kommenden Monaten sein. Diese sollen jeweils ein Schwerpunktthema haben und alle relevanten Arbeits- und Themenfelder der Kulturarbeit einbeziehen – von der bildenden Kunst, der Tanz- und Theaterszene bis hin zur kulturellen Jugendbildung soll hier nicht nur über das gesprochen

werden, was Status Quo ist, sondern vor allem darüber, was sich die Kulturschaffenden konkret in ihren Arbeitsfeldern wünschen.

Was für manche vielleicht wie die nächste fruchtlose Diskussionsrunde klingt, ist aus GRÜNER Sicht durchaus sinnvoll: Bevor es im späteren Verlauf hoffentlich einen konkreten Plan mit klaren Zielforderungen und überprüfbaren Ergebnissen gibt, gilt es erst einmal, einen möglichst breiten Konsens inner- und außerhalb der Politik darüber herzustellen, wohin es mit der Wuppertaler Kulturlandschaft gehen soll.

Dazu kann ein Diskussionsprozess ein erster wichtiger Meilenstein sein, um dann davon konkrete Handlungsschritte abzuleiten. Sicherlich, so ehrlich sollte man sein, ist dies nicht das, was für uns GRÜNEN die Maximalforderung ist und bleibt, aber ein guter Anfang hin zu einem langfristigen Weg, der Kulturarbeit in Wuppertal absichern kann, und zwar sowohl in ihrer Vielfalt als letztendlich auch finanziell.

Denn für uns bleibt unabhängig vom geplanten Prozess klar: Gerade die freie Kulturszene ist unterfinanziert und die Angebote sind ohne eine stärkere finanzielle Förderung nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten.

IM STRASSENVERKEHRSAMT

■ MITARBEITER*INNEN MACHEN EINEN TOLLEN JOB



Foto: Privat

Am 20.07.17 waren die GRÜNEN Marc Schulz, Klaus Lüdemann und Oliver Graf ab 6.45 Uhr zu Gast bei Frau Grave, der Leiterin des Straßenverkehrsamts an der Müngstener Straße.

Im Eingangsbereich bildete sich bereits eine lange Schlange von Wartenden, die sich bis in die erste Etage hochzog. Hier wurde deutlich, wie sich die desaströse Personalpolitik der letzten Jahre innerhalb der Verwaltung auswirkt: Nach Jahren immer wiederkehrender Sparmaßnahmen bei den Bürgerdiensten sind die Ämter mittlerweile am Limit, und die Bürger*innen sowie die Mitarbeiter*innen müssen es ausba-

den. Dabei bekommt die Kundschaft in den meisten Fällen nur das Publikums-geschäft mit.

Wie viel im Hintergrund geleistet werden muss, z.B. im ordnungsbehördlichen Bereich, bleibt oft unerkannt. Unser Respekt gilt den Mitarbeiter*innen, die unter schwierigen Umständen einen großartigen Job machen und dabei oft den Unmut für Zustände abbekommen, die sie nicht zu verantworten haben.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass ohne eine wesentliche Verbesserung einerseits der räumlichen und andererseits der personellen Bedingungen die Probleme bei den Bürgerdiensten auf Dauer nicht gelöst werden können.

GWG – WIE GEHT ES WEITER?

■ GRÜNE FORDERN INFORMATIONEN UND PLANUNGSSICHERHEIT

Die Gemeinnützige Wohnungsbau-gesellschaft steckt in finanziellen Schwierigkeiten, das ist schon länger bekannt. Im Juli hat die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers Vorschläge gemacht, wie die GWG langfristig saniert werden kann.

Die Mehrheit aus SPD und CDU im Rat hatte bereits im Vorfeld im Kooperationsvertrag einen Verkauf kommunaler Unternehmen ausgeschlossen, daher war die Fragestellung nicht ob, sondern wie die Wohnungsgesellschaft in die Zukunft geführt werden kann. In den letzten vier Jahren wurden bereits Maßnahmen ergriffen, um die Schulden abzubauen, aber es reichte nicht. Das Eigenkapital wurde weiter aufgebraucht und erreichte eine kritische Grenze. Die GWG braucht aber eine starke Eigenkapitalquote, um weitere Kredite zu bekommen, deshalb wurde Ende 2016 die Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers beauftragt, Lösungen zu erarbeiten.

Für die Struktur der GWG bedeutet das, dass erneut einige Objekte verkauft werden sollen. In den vergangenen 20 Jahren wurde der Bestand an Wohnungen und anderen Objekten bereits drastisch reduziert. Teilweise wurden so die Altlasten aus der Korruptionsaffäre in den 90er-Jahren kompensiert, andererseits mussten auch notwendige Sanierungen finanziert werden. Auch intern muss weiter gespart werden, das heißt, dass weiter Personal reduziert werden wird. Hier gehen wir davon aus, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt, sondern den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern qualifizierte Arbeitsplätze angeboten werden können. Die nun geplante Lösung ist also eine Mischung aus Finanzoptimierungen

zwischen Stadt und GWG, internen Einsparungen bei der GWG und Veränderungen bei den Aufgaben der GWG.

Problematisch ist es, dass die Stadt für einen längeren Zeitraum jährlich ca. zwei Millionen Euro zuschießen muss, um die GWG zu stärken. Woher der CDU-Kämmerer das Geld holen möchte, ist noch unklar, denn sicher ist, dass dafür an anderer Stelle gespart werden muss. Hier fehlen uns konkrete Aussagen für die kommenden Haushaltsjahre, denn der Haushalt für die nächsten zwei Jahre wird erst im Herbst 2017 vorgestellt.

Die Umstrukturierung ist sehr komplex,

und bisher haben die Vertreter*innen aus der Politik nur eine Kurzfassung der geplanten Maßnahmen vorgelegt bekommen. Für uns GRÜNE steht fest, dass es eine langfristige Perspektive für die GWG geben muss, damit für die Mitarbeitenden, die Mieter*innen und auch für die Stadt als Gesellschafterin Planungssicherheit erreicht wird. Für die Menschen in der Stadt ist die GWG ein wichtiger, stabiler Faktor auf dem Wohnungsmarkt, und der Bestand an Wohnungen ist mittlerweile in großen Teilen saniert. Die GWG soll daher auch weiterhin bezahlbaren Wohnraum für alle gesellschaftlichen Schichten zur Verfügung stellen können.

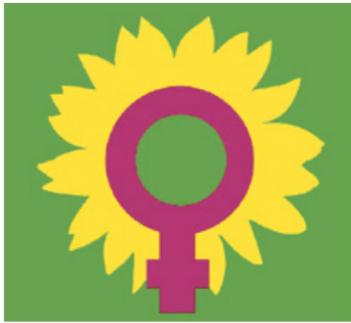


WUPPERTALER FRAUENKULTURPREIS

■ GEGEN DIE UNTERREPRÄSENTANZ VON FRAUEN

Anfang des Sommers legte die Bundesregierung den zweiten Gleichstellungsbericht vor. Das Ergebnis war alles andere als erfreulich.

Frauen leisten in vielen Bereichen, vor allem in der Pflege, unbezahlt oder mit niedrigem Einkommen viel mehr Arbeit. Ungleicher Lohn bei gleicher Arbeit ist immer noch weitestgehend die Realität. In der Kunst sind Frauen den Männern gegenüber genauso benachteiligt wie in anderen Berufsgruppen. Künstlerinnen bestreiten jedoch genau wie Künstler ihren Lebensunterhalt oft allein durch ihre Kunst. Hier ein paar Zahlen, die zwar etwas älter sind, aber das heutige Verhältnis trotzdem widerspiegeln: Männliche Künstler haben ein jährliches Durchschnittseinkommen von 12.447 Euro, Frauen hingegen von 9.331 Euro. Es sind insgesamt schwierige Bedingungen – um die Künstlerinnen und Künstler steht es allgemein ziemlich schlecht in Deutschland, vor allem aber um die Frauen. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen müssen sich Frauen auch in den Künsten den Männern gegenüber stärker behaupten. Die Schwierigkeiten, Kinder/Familie und künstlerische Karriere zu vereinbaren, erleben wie woanders auch vor allem eben junge Frauen. Viele können ihrer Kunst



nicht richtig nachgehen. Hinzu kommt nun, dass die Benachteiligung in der Anerkennung und Förderung durch diverse Preise fortgeführt wird. Künstlerinnen müssen sich häufiger bewerben als Männer, um überhaupt eine Förderung zu erhalten. Der Anteil der an Künstlerinnen vergebenen Preise und Stipendien ist bundesweit kleiner, er lag im Zeitraum 1995 bis 2000 beispielsweise bei nur 32 Prozent. Auch in Wuppertal werden Künstlerinnen nicht genauso gefördert wie Künstler. Ein Blick auf die Verleihung des Von-der-Heydt-Preises oder des Förderpreises zeigt, dass diese Preise seit den 1950er-Jahren zu 80 % an Männer vergeben wurden. Der Von-der-Heydt-Kulturpreis ist übrigens mit 17.500 Euro dotiert, der Von-der-Heydt-Förderpreis mit 5.000 Euro.

Das Missverhältnis hat sich zwar in den letzten Jahren etwas verringert, die Bemühungen sind aber noch nicht ausreichend: Künstlerinnen werden im Vergleich zu Künstlern nicht angemessen berücksichtigt.

Deshalb hat die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag auf Frauenförderung in der Kultur durch die Ausrichtung eines Wuppertaler Frauenkulturpreises gestellt. Dieser Preis soll jungen Künstlerinnen die Anerkennung geben, die in den Künsten so wertvoll ist. Er soll junge Künstlerinnen fördern und finanziell unterstützen, damit sie ihrer Kunst weiter nachgehen können. Er soll jungen Künstlerinnen Mut machen, ihre Talente weiter zu entfalten und sich zu behaupten.

Wir haben beantragt, dass alle zwei Jahre ein Frauenkulturpreis mit einem Preisgeld von 5.000 Euro an junge Künstlerinnen vergeben wird. Aufgrund des Beratungsbedarfes der anderen Fraktionen wurde der Antrag auf die nächste Sitzungsrunde der Ausschüsse verschoben.

Wir können in Wuppertal nicht die Diskriminierung von Künstlerinnen beenden, aber einen Beitrag können wir als Stadt leisten, denn wir sind stolz auf das tolle künstlerische Angebot in unserer Pina-Bausch-Stadt.

ABENTEUER FAHRRAD

■ DA GEHT NOCH WAS!

Rad fahren am Döppersberg ist über Strecken ein Abenteuer

Keine gute Note vergibt Lorenz Hoffmann-Gaubig vom ADFC für die Verkehrsführung am neuen Döppersberg: „Das ist keine Planung, die Radfahrer ernst nimmt.“ Vom Robert-Daum-Platz her gibt es nur ein kurzes Stück Radweg, dann heißt es entweder absteigen oder richtig mutig in den fließenden Pkw-Verkehr der B7 einfädeln. Ab der Morianstraße gibt es in Rich-

tung Westen immerhin einen rot markierten Radweg, der ist jedoch gepflastert und dürfte in einigen Jahren zur Buckelpiste werden.

Wenn Radfahrende an jeder Fußgängerampel warten müssen, ist das auch nicht optimal. Wir GRÜNEN stimmen ihm zu: „Solange man nicht an zentralen Punkten gute Möglichkeiten für Radfahrer schafft, wird Wuppertal keine Fahrradstadt.“ Hier hat die Stadtverwaltung eine große Chance vertan.



Foto: Privat

Im Rathaus ist es wie hier in unserem Verkehrsschilder-Beispiel am Anfang der Luisenstraße: Die Radverkehrs-Politik ist ganz schön widersprüchlich.



VORGESTELLT:

MARCEL GABRIEL-SIMON



Seit 2014 ist der 39-jährige Diplom-Sozialpädagoge und Systemische Berater Mitglied im Rat der Stadt Wuppertal. Politisch aktiv ist er aber schon weitaus länger, seit 2002 ist er Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Von 2004 bis 2014 war er Mitglied der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg und bereits als sachkundiger Bürger in Ratsausschüssen aktiv.

Inzwischen lebt er in der Elberfelder Südstadt und ist seit gut einem Jahr verheiratet.

Seine politischen Steckbriefe sind die Sozial- und Jugendpolitik und die Kulturpolitik. Diese drei Politikfelder sind für ihn eine Herzensangelegenheit. „Eine ausreichende Anzahl an Jugendeinrichtungen, das tolle Engagement von Jugendverbänden, eine gute soziale Infrastruktur, das alles gilt es für die Zukunft zu erhalten, ebenso die reichhaltige freie Kulturszene. Dies alles ist das A und O, um Wuppertal attraktiv

und lebenswert zu machen, und es ist ein wichtiger Standortfaktor. Für die kommenden Jahre gibt es trotzdem noch eine Menge zu tun. Wir müssen uns einem Kulturentwicklungsprozess stellen, um langfristig das tolle Angebot der freien Kulturszene zu sichern! Ferner gilt es, die Kosten für die Hilfen zur Erziehung zu senken und zielgerichtete Angebote für die Kinder und Jugendlichen zu konzipieren, die zeitweilig nicht zu Hause leben können. Hier gilt für mich die Maxime, dass in der vollstationären Unterbringung der Jugendlichen mehr Spezialangebote geschaffen werden müssen, z.B. Intensivgruppen. Generell stehe ich aber für den Vorrang von ambulant gegenüber stationär.“

Einen Schlüssel für die Kostensenkung sieht der 39-Jährige im jüngst von der Verwaltung vorgelegten Förder- und Präventionskonzept. Jetzt Gelder in Prävention zu stecken, bringt uns lang-

fristig weniger Kosten im „Reparaturbetrieb“ Hilfen zur Erziehung. Marcel Gabriel-Simon setzt in seinem politischen Handeln auf Sachorientiertheit. Von sich selbst sagt er, er sei kein „Mann der lauten Töne“. Beharrlichkeit in der Sache und Faktenorientiertheit sind ihm wichtig. Da darf es auch in der einen oder anderen Sachfrage wechselnde Bündnispartner und Mehrheiten geben.

Beruflich ist er für einen regionalen Bildungsträger im Ruhrgebiet tätig und dort als Abteilungsleiter für Jugendberufshilfeprojekte und Angebote der Erwachsenenbildung zuständig.

Seine Wurzeln sieht er in der Jugendverbandarbeit und seinem bereits jahrelangen Engagement in stadtweiten Gremien der katholischen Kirche in Wuppertal. „Dort habe ich gelernt, zu diskutieren, zu präsentieren, mich hart, aber fair in der Sache zu streiten und mich für Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einzusetzen.“ In seiner knapp bemessenen Freizeit liest er gerne mal ein gutes Buch, kocht für sich und seine Frau und Freunde, genießt aber auch ein gutes Essen in der vielfältigen Wuppertaler Gastro-Szene. Hier findet man ihn bevorzugt im Luisenviertel oder in der Elberfelder Nordstadt.

Aber auch Spaziergänge oder Saunagänge verschaffen ihm Muße. „Dabei kommen mir die meisten Ideen für neue Anfragen und Anträge“, verrät Marcel Gabriel-Simon abschließend.



HAUS DER INTEGRATION

■ ALLES UNTER EINEM DACH!

GRÜNER
BESUCH

Am 10.08.17 konnten sich Yazgüli Zeybek, Karin Bohr und Sylvia Meyer davon überzeugen, dass der Name „Haus der Integration“ das hält, was er verspricht.

Eine gemeinsame Anlaufstelle für Flüchtlinge war die bundesweit einzigartige Idee, die seit Anfang dieses Jahres in Wuppertal umgesetzt wird.

Jobcenter, Agentur für Arbeit und die Stadtverwaltung arbeiten im Haus der Integration in der Friedrich-Engels-Allee 28 Hand in Hand, um für Flüchtlinge alle notwendigen Ämter an einem Standort zur Verfügung zu stellen. Die Anerkennung als Geflüchtete und die Sicherstellung des Lebensunterhaltes sind mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden, der gemeistert werden muss. Der Praxistest beweist: Es funktioniert reibungslos.

An der Infotheke können 80 Prozent der allein in diesem Jahr eingegangenen 18.500 Vorsprachen abschließend behandelt werden. Die Wartezeit betrug längstens 15 Minuten. Das hätte gut als Vorbild für das Einwohnermeldeamt dienen können ...

Wir sind mit Jobcenter-Chef Thomas

Lenz einer Meinung: Die Flüchtlinge sind für unsere Stadt eine Chance. Bis vor einigen Jahren mussten wir noch von einer schrumpfenden und alternden Stadt ausgehen, jetzt können wir positiv in die Zukunft blicken: Wuppertal wächst wieder, der Altersdurchschnitt sinkt und es werden auch wieder mehr Kinder geboren. Der wichtigste Faktor ist die Integration der Flüchtlinge, dies sehen alle Beteiligten als Investition in die Zukunft. Immerhin wohnen 98 Prozent von ihnen in einer eigenen Wohnung, auch das hat bundesweit Vorbildcharakter.

Im Haus der Integration wird alles dafür getan, dass die Integration auch gelingt.

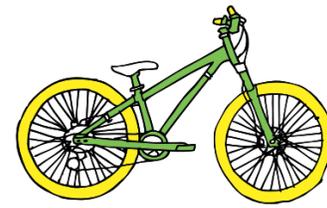
Jetzt muss noch der Bund ausreichend Gelder für die notwendigen Förderprogramme zur Verfügung stellen, denn die bisherigen Mittel reichen bei Weitem nicht aus. Auch bei den Sprachkursen ist Unterstützung dringend erwünscht, es gibt Wartezeiten von 6-8 Monaten. Noch ist der Umbau des Hauses der Integration nicht abgeschlossen, Anfang nächsten Jahres ist es dann soweit. Wir kommen auf jeden Fall wieder!



Foto: Privat



Foto: Privat



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



GroKo-Bilanz: DIE WUPPEN NIX

Versprochen (Kooperationsvertrag 2014)

- „Ausbau der Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen“ (40 % bis 2016, 50 % bis 2020)
- „Flächendeckender und bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungslage im Bereich der offenen Ganztagschule“ (so bald wie möglich 50 %)
- Familienfreundlichkeit: „Ausbau und Stärkung der Zusammenarbeit mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege“
- Initiativen zur Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung
- Verkehrspolitik – „Gleichberechtigte Teilhabe aller Mobilitätsformen“
- „Konsequente Weiterentwicklung der Klimaschutzziele“

Umgesetzt ?

- Aktuelle Betreuungsquote 31 %, es fehlen rund 2.000 Plätze
- aktuell 33,5 %, es fehlen noch 1.850 Plätze, das entspricht rund 73 Gruppen an den Grundschulen
- seit zwanzig Jahren nur eine einmalige Anpassung der städtischen Zuschüsse vor der letzten Kommunalwahl
- Fehlanzeige
- kaum eigene Initiativen
- keine eigenen Initiativen



RATS-CHRONIK JULI 2017

Grundsatzdiskussion Projekt Seilbahn

Die gute Nachricht: Es gibt eine breite Mehrheit im Stadtrat, die grundsätzlich für den Bau einer Seilbahn in Wuppertal ist. Die GRÜNEN sehen in der geplanten Seilbahn eine gute ökologische Ergänzung des ÖPNV-Angebotes für Wuppertal. Eine so wichtige Entscheidung soll jedoch nicht nur im Stadtrat, sondern auch von den Bürger*innen getroffen werden. Deshalb hat unsere GRÜNE Fraktion für einen freiwilligen Ratsbürgerentscheid gestimmt. Der wurde leider aus rechtlichen Gründen von SPD und CDU im Rat abgelehnt. Die GroKo hingegen forderte in einem Antrag, dass der Kostenanteil Wuppertals an der Seilbahn durch „Anpassungen“ beim Nahverkehrsangebot ausgeglichen werden soll. Das heißt, es soll an anderer Stelle gekürzt werden, z. B. bei den Buslinien in der Südstadt. Eine solche Ausdünnung des Angebotes machen die GRÜNEN nicht mit, deshalb haben wir den Antrag abgelehnt. Nur SPD und CDU stimmten dafür. Unser Ergänzungsantrag, der den Verzicht auf die Kürzungen im ÖPNV forderte, fand demnach leider keine Mehrheit. Bevor die Diskussion weitergeführt wird, soll nun erst einmal das Grundstück der Deutschen Bahn, das für die Seilbahnstation am Hauptbahnhof infrage kommt, gekauft werden.

Dicke Luft im Straßenverkehr – Appell zur Luftreinhaltung

Die Grenzwerte für Stickstoffdioxid werden auch in Wuppertal an vielen Straßen nicht eingehalten. Messungen an der Gathe, der Briller Straße, dem Steinweg oder der Haeselerstraße, um nur einige zu nennen, beweisen dies. Eine Situation, die nicht mehr hinnehmbar ist.

Nachdem schon im Umweltausschuss unser Appell zur Luftreinhaltung keine Mehrheit fand, da SPD und CDU ihn nicht mittrugen, stimmte die GroKo auch in der Ratssitzung dagegen. Dabei wollten wir mit diesem Appell zur Luftreinhaltung erreichen, dass sich Wuppertal und viele weitere Kommunen in Deutschland in dieser Frage auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen und bei der Großen Koalition in Berlin mit Nachdruck erhebliche zusätzliche finanzielle Hilfen des Bundes für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Radweg-Infrastruktur sowie eine deutliche Verbesserung der Förderung der Elektromobilität einfordern.

Frauenförderung in der Kultur: Wuppertaler Frauenkulturpreis

Die GRÜNEN beantragten, dass Wuppertal alle zwei Jahre einen Kulturförderpreis für Frauen ausloben soll, um ein Zeichen gegen die berufliche Benachteiligung von Frauen im Kulturbereich zu setzen. Der Von-der-Heydt-Kulturpreis wird zu 80 Prozent an männliche Künstler vergeben, der Förderpreis zu zwei Dritteln. Die kulturelle Vielfalt fordert uns auf, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen, um alle Arten von Kunst und Kultur und insbesondere junge Talente zu fördern. Da die SPD noch Beratungsbedarf hatte, wurde der Antrag in die nächste Gremienrunde verschoben.

Grundsätze kommunaler Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt

Gemeinsam mit SPD, CDU und FDP haben wir beantragt, verbindliche Regeln der Unternehmensführung in Wuppertal umzusetzen. Das ist ein Baustein, um die von uns GRÜNEN



Archivfoto: Jörg Lange

geforderte Verbesserung bei den Themen Bürgerbeteiligung und Transparenz gewährleisten zu können. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf für eine dauerhafte Einführung einer Compliance-Richtlinie für die Stadt und später auch die städtischen Töchter sowie für die Mitarbeiter*innen, die Stadtverordneten und Aufsichtsräte zu erarbeiten. Die Politik wird dann weiter beraten. Der Beschluss wurde mit großer Mehrheit gefasst.

Resolution zur geplanten Sperrung des Schienenverkehrs während der Sommerferien

Der Ersatzverkehr während der Schienensperre in den Osterferien war katastrophal, viele Bürger*innen hatten sich über die schlechte Organisation beschwert. Als dann die Pläne bekannt wurden, Wuppertal in den Sommerferien für einen dreimal so langen Zeitraum von der Schiene zu trennen, erarbeiteten die GRÜNEN eine Resolution mit Verbesserungsvorschlägen. Damit dieses Mal alles zur Zufriedenheit der Pendler*innen und

aller anderen Zugreisenden organisiert werden kann. Der Rat ist unseren Vorschlägen mit großer Mehrheit gefolgt.

Stabsstelle Bürgerbeteiligung braucht mehr Personal

Die Bürgerbeteiligung wird nach der Abwahl des bis dahin zuständigen Beigeordneten als Stabsstelle beim Oberbürgermeister angesiedelt. Die Mitarbeiter*innen leisten hervorragende Arbeit. Damit sie das auch zukünftig in derselben Qualität können, haben SPD, CDU und FDP mit uns einen Antrag auf Erhöhung der Personalausstattung gestellt und mehrheitlich im Rat beschlossen.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie in den Rubriken Aktuelles oder Presse unter www.gruene-wuppertal.de.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88

E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Anja Liebert (V.i.S.d.P.), Sylvia Meyer (Redaktion), Karin Bohr, Bettina Brücher, Marcel Gabriel-Simon, Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz, Yazgülü Zeybek

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Mathias Kehren

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Druck:
talevent GmbH, Rudolfstr. 28a,
42285 Wuppertal

Auflage: 29.050

Diese Ausgabe liegt u. a. aus im
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e. V.,
Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität;
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;
die börse, Wolkenburg 100; Café Moritz,
Höhne 22; Cinema, Berliner Straße;
Die Färberei, Peter-Hansen-Platz 1;
Fraktionsbüro GRÜNE, Johannes-Rau-
Platz 1; Kreisgeschäftsstelle GRÜNES
Büro, Friedrich-Ebert-Str. 76; Katzensgold,
Untergrünnewalderstraße 3; Nachbar-
schaftsheim, Platz der Republik; Spunk,
Flensburger Straße 38

Die Abgabe ist kostenlos!



Foto: Privat